

schen die westliche Öffentlichkeit auf seine Seite ziehen können. Die chinesische Regierungspropaganda hingegen habe sich in der Tibet-Frage international als wirkungslos erwiesen. Selbst der Tod des Dalai Lama werde nicht zu einer Lösung der Tibet-Frage führen, da dann voraussichtlich radikalere Elemente die Oberhand in der Exilführung gewinnen würden. Selbst wenn man den Tibetern erweiterte Autonomierechte einräume, werde Tibet im nächsten Jahrhundert voraussichtlich eine Quelle der Instabilität bleiben. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

8 Umwandlung staatlicher Forschungsinstitute in Unternehmen

Auf Beschluß der chinesischen Regierung werden 242 bisher staatlich finanzierte wissenschaftlich-technische Forschungsinstitute zum 1. Juli 1999 aus der generellen staatlichen Finanzierung entlassen und kommerzialisiert. Dies bedeutet, daß die Institute entweder selbständige Unternehmen werden oder sich ganz oder teilweise in bestehende Betriebe eingliedern oder zu technischen Dienstleistungszentren werden müssen. Die 242 von dieser Maßnahme betroffenen Institute unterstehen bislang zehn staatlichen Büros der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel. Die Umwandlung der Institute muß vor dem Hintergrund der Reform des Wissenschaftssystems gesehen werden. Hauptgründe sind die Sparmaßnahmen des Staates, die die Regierung zwingen, die generelle Subventionierung aller Universitäten und Forschungsinstitute einzuschränken, ferner die Belebung und Ankurbelung innovativer Forschung, die sich im Wettbewerb bewähren soll. (Vgl. RMRB, 27.5.99, S.1; XNA, 28.5.99)

Ähnlich wie die Wirtschaft sollen auch Wissenschaft und Technik durch private Initiative und Marktmechanismen vorangebracht werden. Durch den Verkauf ihrer Forschungsergebnisse sollen sich die Institute weitgehend

selbst finanzieren. Allerdings zieht sich der Staat nicht völlig aus der Verantwortung zurück. So wird er für die Pensionen ehemaliger Mitarbeiter weiterhin aufkommen. Auch können Forschungsanträge an den Staat gestellt werden, so daß die Chance besteht, im Wettbewerb mit anderen Forschungsinstitutionen staatliche Mittel für Forschungsprojekte einzuwerben. Staatlich gefördert werden in erster Linie wichtige technologische Projekte, Projekte von wirtschaftlicher Bedeutung und hochtechnologische Projekte von strategischer Bedeutung. Die bequemen Zeiten, in denen die Finanzen unabhängig von den Ergebnissen automatisch flossen, seien vorbei, hieß es von offizieller Seite. Heute müsse man um Förderung kämpfen und seine Stärke unter Beweis stellen. (Ebd.)

Um den Instituten den Übergang zu erleichtern, werden ihnen steuerliche und sonstige Vergünstigungen eingeräumt. So brauchen die Institute innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Steuern zu zahlen und können selbständig Außenhandelsaktivitäten entfalten (RMRB, a.a.O.). Ergänzend wurde bekannt, daß von den 242 Instituten 40 selbständige Unternehmen werden, die sich durch den Verkauf geistigen Eigentums unterhalten, 131 werden in große Unternehmen oder Unternehmensgruppen eingegliedert, 18 werden in Vermittlungsorgane für wissenschaftlich-technische Entwicklung umgewandelt, und der Rest wird in Bildungsinstitutionen integriert oder aufgelöst. Die betroffenen Forschungsinstitute befassen sich mit Industriesparten wie Kohle, Metallurgie, Nichteisen-Metallen, Petrochemie, Baumaterialien, Maschinenbau, Leichtindustrie und Textilien. (XNA, 27.5.99)

Die Regierung erhofft sich von der Umwandlung der Institute in Betriebe einen Innovationsschub für die Wirtschaft. Nach wie vor stellt die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse in die Praxis ein großes Problem dar. Durch die neue Organisationsform werden die Betriebe zur Zusammenarbeit mit und Ausrichtung auf die Wirtschaft gezwungen sein, und damit werden sich auch ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit steigern, so daß eine schnellere Umsetzung der Forschungsergebnisse zu erwarten ist. Insofern wur-

de die Maßnahme in einem Kommentar der *Volkszeitung* (27.5.99, S.5) als Durchbruch bei der Reform des Wissenschaftssystems bezeichnet. Das bisherige System staatlich finanzierter Forschung sei in einer Zeit des Übergangs zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ nicht mehr zeitgemäß, ja es stelle eine ernste Behinderung für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und für die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse dar. Daher könne von einer grundlegenden Reform noch nicht die Rede sein.

China strebt an, daß die Unternehmen den Hauptanteil der Investitionen für Forschung und Entwicklung tragen. Bislang tätigen sie von der gesamtstaatlichen F+E-Arbeit die Hälfte, wobei ihr Anteil an der angewandten Forschung 10% beträgt. Die Investitionen der Betriebe in F+E machen nur 40% der gesamtstaatlichen Investitionen aus. Dieses Verhältnis, so heißt es in dem Kommentar, liege weit unter demjenigen entwickelter Länder, d.h. in China seien die Unternehmen noch weit davon entfernt, die Hauptverantwortung für die technische Erneuerung zu tragen; dies sei aber eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung ihrer Innovationsfähigkeit. Der Staat erhofft sich, daß durch die Umwandlung der Forschungsinstitute in Betriebe die großen unter ihnen zu Pionieren für die Entwicklung von Chinas High-Tech-Industrie werden und sich in nicht allzu ferner Zukunft aus ihnen eine Reihe von großen High-Tech-Unternehmensgruppen herausbilden wird. Die übrigen Institute sollen insbesondere die große Zahl von mittleren und kleinen Unternehmen mit neuer Technologie versorgen. (Ebd.)

Für die Institute selbst wird es nicht einfach sein, sich plötzlich selbst finanzieren zu müssen. Sie werden vor allem Personal entlassen müssen, denn die hohe Last der Personalkosten werden sie sich nicht mehr leisten können. Erleichtert und abgefedert wird die Umstrukturierung dadurch, daß der Staat die Zahlung der Pensionen übernimmt. -st-

9 Chinas erster Raumflug zum 1. Oktober?

Der „Guangzhouer Abendzeitung“ zufolge laufen in China derzeit Vorbereitungen für den ersten Raumflug, der möglichst am 1. Oktober anlässlich des 50. Jahrestages der Volksrepublik China erfolgen soll. China hat in den vergangenen drei Jahrzehnten gezielt seine Weltraumtechnik auf- und ausgebaut. Dank seiner Trägerraketen, die Weltniveau haben, ist es in der Lage, Raumschiffe ins All zu befördern. China hat insgesamt sieben Modelle von Trägerraketen des Typs „Langer Marsch“ entwickelt. Die Trägerrakete „Langer Marsch 2-E“ kann ein Raumschiff von zehn Tonnen Gewicht in die Umlaufbahn schicken. Nach Informationen des Direktors des Forschungsinstituts für Trägerraketen-Technologie Li Jianzhong steht das technologische Schlüsselprojekt der Entwicklung einer großen Trägerrakete mit einer Tragkapazität von 20 Tonnen, wie sie für einen bemannten Raumflug erforderlich ist, kurz vor dem Abschluß. Auch bei der Bergung von Raumkörpern ist China recht erfolgreich; von 17 rückholbaren Satelliten hat es 16 erfolgreich geborgen. Ebenso ist die Entwicklung von Shuttle-Transporten sowie anderen Raumfahrttechnologien weit entwickelt.

Für den Bau des Raumschiffes für den ersten Raumflug ist die Chinese General Company of Astronautics Industry verantwortlich, während die Shanghai-Zweigstelle der Gesellschaft für die drei Schlüsselprojekte der Entwicklung der Raumschiffkabine, des äußeren Fernlenksystems und des Energiesystems zuständig ist. Die Abschlußrampen liegen in Jiuquan (Gansu), Xichang (Sichuan) und Taiyuan (Shanxi). Es wird vermutet, daß das erste Raumschiff zur Vorbereitung eines bemannten Raumfluges zunächst unbemannt ins All fliegt. Die Ausbildung von Astronauten wird in China seit Jahren durchgeführt. (Vgl. *Yangcheng Wanbao*, 13.5.99, nach SWB, 26.5.99)

Die Entwicklung der Raumfahrt zählt zu den wichtigen Schlüsselprojekten, die staatlich gefördert werden. Dabei spielt nicht nur nationaler Ehrgeiz eine Rolle, sondern auch die Tatsache, daß die Raumfahrttechnologie mit ihren vielen Nebenprodukten der Wirt-

schaft insgesamt einen großen Innovationsschub zu geben vermag. -st-

10 Bildungsstatistik für 1998

Das Bildungsministerium hat Mitte Mai die Bildungsstatistik für das Jahr 1998 bekanntgegeben. Danach wurde die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht in Gebieten erreicht, in denen 73% der Bevölkerung leben (Ende 1997 waren es erst 65%). Die neunjährige Schulpflicht ist damit in 2242 Kreisen (Ende 1997 waren es 1882) eingeführt und in neun Provinzen komplett. Die Einschulungsrate von Kindern im schulpflichtigen Alter wird mit 98,93% angegeben, und es heißt, daß sich der Schulbesuch in der fünften Grundschulklasse bei 90,50% stabilisiert habe. (Dies bedeutet, daß innerhalb der ersten fünf Schuljahre 8,5% der Schüler die Schule vorzeitig abbrechen.) Die Übergangsrate zur Mittelschulunterstufe soll 87,3% betragen, diejenige zur Sekundarstufe II 50,7%. Die Zahl der Grundschüler beläuft sich auf 139,5 Mio. und die der Schüler der Sekundarstufe I auf 54,5 Mio. (RMRB, 19.5.99, S.5). Aus dieser Statistik läßt sich nicht ablesen, wieviele Kinder tatsächlich die sechsjährige Grundschule und die dreijährige Sekundarstufe I beenden. Ein großer Teil der Grundschulen verfügt noch nicht über die vorgeschriebenen sechs Klassenstufen. Insofern dürfte der Prozentsatz für die Absolventen der sechsten Grundschulklasse weitaus niedriger als 90% liegen, und damit relativiert sich auch die Übergangsrate von 87%. Doch selbst wenn wir genauere Zahlen hätten, so sagen sie wenig aus, weil die nationalen Zahlen nicht die großen regionalen Unterschiede im Schulbesuch wiedergeben.

Was das Bildungswesen jenseits der Pflichtschule angeht, so besuchten 1998 24,55 Mio. Schüler die Sekundarstufe II, davon 14,68 Mio. Berufsmittelschulen. Auf Hochschulebene bot sich in dem Jahr folgendes Bild: Es gab 1022 reguläre Hochschulen. Diese nahmen 1998 fürs Grundstudium 1,08 Mio. Studenten auf; insgesamt studierten 3,41 Mio. Studenten, und 830.000 absolvierten das Grundstudium. Landesweit gibt es 736 Institutionen zur Ausbildung von Forschungsstudenten (Postgraduierten). Die Zu-

lassung zum Postgraduiertenstudium erhielten 1998 72.500 Studenten, insgesamt betrug ihre Zahl 198.900, und 47.000 absolvierten ihr Postgraduiertenstudium.

Im nichtregulären Hochschulbereich gab es 1998 insgesamt 962 Erwachsenen-Hochschulen. Aufgenommen wurden in dem Jahr rund 1 Million Erwachsene, und zwar nahmen 113.000 ein Grundstudium und 888.000 ein Fachstudium auf. Die gesamte Studentenzahl an diesen Hochschulen belief sich 1998 auf 2,82 Mio. Für die Prüfungen im Rahmen des Selbststudiums meldeten sich 10,9 Mio. an, ein Diplom erlangten 318.700.

An den 464.800 Schulen des Landes für technische Fortbildung nahmen 86,82 Mio. Menschen Fortbildungskurse. Darüber hinaus belegten 2,795 Mio. Menschen Fortbildungskurse an Erwachsenen-Hochschulen mit nichtregulären Studiengängen. Auf der Primarebene gab es 1998 rund 50.000 Schulen, in die 2,25 Mio. Erwachsene neu aufgenommen und an denen 2,27 Mio. Erwachsene lernten (Lesen und Schreiben). Insgesamt wurden knapp 3,21 Mio. Menschen alphabetisiert. (Ebd.) Damit ist die Zahl der in einem Jahr Alphabetisierten erneut gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, denn 1997 hatten noch gut 4 Millionen Erwachsene Lesen und Schreiben gelernt (vgl. dazu C.a., 1998/4, Ü 19). Die Zahl der Analphabeten insgesamt (d.h. jüngerer und älterer Erwachsener) wird immer noch mit 145 Millionen beziffert (XNA, 6.5.99). -st-

11 Stärkere Kontrolle religiöser Aktivitäten

Nach der Demonstration der Falungong-Sekte am 25. April 1999 vor dem Regierungsviertel in Beijing hat die ZK-Kommission für umfassende Sicherheitskontrolle in einem Rundschreiben die Parteikomitees aller Verwaltungsebenen aufgerufen, künftig darauf zu achten, daß es nicht wieder zu derartigen Vorfällen kommt. In dem Schreiben wird die Demonstration verurteilt, und es wird zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß die örtlichen Falungong-Organisationen als illegal einzustufen sind, sofern sie nicht vorschriftsmäßig registriert sind.

Künftig soll auch besser auf Qigong-Organisationen geachtet werden, die häufig den Charakter von religiösen Sekten einnahmen und daher bei illegalen Aktivitäten entsprechend dem Gesetz zu behandeln seien. Die Partei müsse sich bereits einschalten, bevor es zu illegalen Aktivitäten komme, indem sie suspekten Organisationen sofort auflöse. Hierbei sei allerdings zwischen Betätigungen zu unterscheiden, die ausschließlich der Gesundheit dienen, und solchen, die mit illegalen politischen Aktivitäten verbunden seien. In dem Zirkular wird auch darauf hingewiesen, daß es Kadern, auch pensionierten Kadern, verboten ist, irgendwelchen Organisationen beizutreten, die nicht offiziell registriert sind. (Vgl. *Tai Yang Pao*, Hongkong, 10.5.99, nach SWB, 24.5.99)

Mit diesen Anweisungen reagierte die Partei auf den für sie schockierenden Vorfall, daß Tausende von Anhängern der Falungong-Sekte eine Sitzblockade organisieren und durchführen konnten, ohne daß die Behörden im Vorfeld etwas bemerkt hätten. Von angeblich informierter Seite hieß es, die Falungong-Organisation sei in der Bevölkerung so tief verwurzelt, daß ihr Einfluß sich nicht durch ein oder zwei Rundschreiben ausradieren lasse (ebd.).

Die Angst der Behörden vor einer Destabilisierung der Gesellschaft durch religiöse Aktivitäten hat auch in den Provinzen zur verschärften Kontrolle aller Religionsgemeinschaften geführt. So wurden kürzlich in der Provinz Guangdong die Nachbarschaftsorganisationen, Polizei und Sicherheitsbeamte aufgefordert, Christen und Muslime in ihrer Umgebung genauer zu beobachten. Sie sollen christlichen Familien, die nicht offiziell registriert sind, häufiger Besuche abstatten. Christen und Muslime seien zu observieren und deren Aktivitäten zu melden. Wie es heißt, sollen die christlichen Untergrundkirchen enormen Zulauf haben und die Muslime angeblich den Separatismus unterstützen (SCMP, 24.5.99). Im Hinblick auf die Feiern zum 50. Gründungstag der Volksrepublik, aber auch im Hinblick auf die Jahrtausendwende, die religiöse Sekten in besonderem Maße inspirieren dürfte, wird versucht, alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

So wurde von der Zentrale verfügt, daß ausländische Theologen, die in China lehren wollen und bislang beim Bildungsministerium die Genehmigung dafür einholen mußten, sich künftig beim Religionsbüro und bei der Polizei die Erlaubnis holen müssen. Damit soll besser gewährleistet werden, daß ausländische Theologen keine Mission betreiben, die in China gesetzlich verboten ist (ebd.).

Unabhängig davon verfügte das Staatliche Religionsbüro, daß es Mitgliedern der KPCh nicht gestattet ist, einer Religionsgemeinschaft anzuhängen. Wollten sie Anhänger einer Religion werden, so müßten sie aus der Partei austreten. Wörtlich soll es heißen: „Wenn jemand die Notwendigkeit religiöser Gläubigkeit spürt, dann soll er zuerst aus der Partei austreten, und danach kann er sich seiner Religion zuwenden.“ (SCMP, 24.5.99) Wenn es notwendig ist, eine solche Bestimmung zu erlassen, dann zeigt dies, daß Religion in China offensichtlich weitaus mehr Zuspruch findet als der Partei lieb ist. Immerhin ist es nicht verboten, einer Religionsgemeinschaft beizutreten. Es wird auch respektiert, daß Parteimitglieder sich der Religion zuwenden; beides zugleich - Parteimitgliedschaft und Religionsanhängerschaft - wird jedoch als unvereinbar betrachtet. -st-

Außenwirtschaft

12 Kanzlerreise nach China - ohne Wirtschaftsdelegation

Die Bombardierung der chinesischen Botschaft durch die NATO in Belgrad veränderte Ablauf und Inhalt der geplanten Reise von Bundeskanzler Schröder nach China. Der ursprünglich in der Zeit vom 12. bis 15. Mai stattfindende Besuch sollte vor allem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit neue Impulse geben. Bundeswirtschaftsminister Müller sowie eine Wirtschaftsdelegation mit 30 hochrangigen Industrievertretern hatten den Bundeskanzler begleiten sollen. Statt dessen wurde die Reise auf einen eintägigen Arbeitsbesuch des Bundeskanzlers beschränkt, während der Bundes-

wirtschaftsminister und die deutschen Industrievertreter auf einen späteren Besuchstermin im Herbst d.J. vertröstet wurden. (NFA, 11.5.99)

Nach Einschätzung von Jürgen Heraeus, Vorsitzender des Arbeitskreises China beim Asien-Pazifik-Ausschuß, ist die Verschiebung der Delegationsreise der Wirtschaftsvertreter „zwar bedauerlich, aber nicht dramatisch“, da keine größeren Verträge unterzeichnet werden sollten. (HB, 11.5.99) Trotzdem sind mit der Terminverschiebung eine Reihe negativer Wirkungen verbunden. Hierzu zählt beispielsweise, daß Schröder im Rahmen des ursprünglichen Programms bei der Vertragsunterzeichnung über den Bau von zwei neuen Modellen durch VW Shanghai seine Anwesenheit angekündigt hatte. Nun muß der Vertrag über die Fertigung der neuen Modelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt unterschrieben werden. VW erwartet, daß mit dem Beitritt Chinas zur WTO eine stärkere Marktöffnung auch für Fahrzeugimporte verbunden sein und der Wettbewerbsdruck weiter steigen wird. Um den bisherigen Marktanteil von rd. 54% halten zu können, will VW ein neues Passat-Modell im Jahre 2000 und in den folgenden Jahren das Modell Bora und einen Kleinwagen auf Polo-Basis bauen. (HB, 11.5.99)

Weiterhin hatte Bundeswirtschaftsminister Müller der ursprünglichen Reiseplanung nach die neue Außenhandelskammer der deutschen Kaufmannschaft in Beijing einweihen wollen. (HB, 5.5.99) Dies muß nun auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Außerdem soll sich die Position der chinesischen Behörden nach der Bombardierung ihrer Botschaft durch die NATO gegenüber der deutschen Kaufmannschaft verhärtet haben. So wurde zwar die Genehmigung zur Gründung der Handelskammer erteilt, jedoch auf der Vorschrift bestanden, daß der gewählte Kammerpräsident, Jürgen Heraeus, nur akzeptiert wird, wenn er mehr als 183 Tage pro Jahr in China arbeitet. Ob die chinesischen Behörden auf dieser Forderung beharren und Heraeus sein Amt antreten wird, bleibt abzuwarten. (HB, 25.5.99)

Die Vertretung der Interessen der in China aktiven deutschen Unternehmen wird als besonders dringlich ange-